

Macht und Repräsentation

von
Ernesto Laclau

Die Absicht dieses Essays besteht darin, einige Konsequenzen zu untersuchen, die - sowohl für die politische Theorie als auch für das politische Handeln - aus dem folgen, was unser „postmoderner Zustand“ genannt worden ist. Es existiert heutzutage das weitverbreitete Gefühl, daß die Erschöpfung der großen Erzählungen der Moderne, das Verschwimmen der Grenzen der öffentlichen Räume und die Funktionsweisen der Logik der Unentscheidbarkeit, die dem kollektiven Handeln alle Bedeutung zu rauben scheinen, zu einem verallgemeinerten Rückzug vom Politischen führen. Ich möchte versuchen, diese Behauptung zu analysieren, und werde dabei so vorgehen, daß ich als meinen Ausgangspunkt einige der grundlegendsten Annahmen des modernen Ansatzes zur Politik betrachte. Vom Standpunkt der *Bedeutung* jeder bedeutsamen politischen Intervention bestand während der Moderne die allgemein verbreitete Überzeugung, daß jene auf der Ebene der *Grundlage* des Sozialen stattzufinden hatte - das bedeutet, daß die Politik die Mittel besaß, um eine *radikale Transformation* des Sozialen durchzuführen, ob nun eine derartige Transformation als gründende revolutionäre Handlung, als eine systematische, aus einer aufgeklärten Elite hervorgehende Reihe bürokratischer Maßnahmen oder als eine einzelne Handlung begriffen wurde, die den Weg zu der Funktionsweise derjenigen Mechanismen eröffnet, deren automatische Entfaltung ausreichen würde, einen „Gesellschaftseffekt“ zu produzieren. Außerdem besteht hier noch das Problem des *theoretischen Rahmens*, der ein begriffliches Verständnis einer derartigen politischen Intervention erlaubt. Dieser wurde durch den Begriff der *sozialen Totalität* und die Reihe kausaler Verknüpfungen, die notwendigerweise aus ihm folgten, bereitgestellt. Wie aufgezeigt worden ist¹, wenn wir Machiavelli und Hobbes als entgegengesetzte Pole in dem modernen Ansatz zur Politik nehmen - der erste zentriert seine Analysen um eine Theorie strategischer Kalkulation *innerhalb* des Sozialen, der zweite in der Mechanismen produzierenden Gesellschaft als einer Totalität - dann ist es der Hobbessche Ansatz, der den *Mainstream* moderner politischer Theorie begründet hat. Dies führt uns zu einem dritten Merkmal politischen Handelns, wie es während des modernen Zeitalters verstanden wurde: seiner grundlegenden *Repräsentierbarkeit*. Es hätte nicht anders sein können; wenn es eine Grundlage des Sozialen gibt - die die Bedingung seiner Intelligibilität darstellt - und wenn folglich die Gesellschaft nur als eine geregelte Reihe von Effekten betrachtet werden kann,

das heißt als eine Totalität, dann muß eine Handlungsweise, deren Bedeutung sich von einer solchen Grundlage und einer solchen Totalität ableitet, sich selbst gegenüber völlig transparent und so mit einer grenzenlosen Repräsentierbarkeit ausgestattet sein. Diese Transparenz und Repräsentierbarkeit mußten auch notwendigerweise auf den *Handelnden* der historischen Transformation übertragen werden. Ein begrenzter historischer Akteur konnte eine universelle Aufgabe nur ausführen, indem ihm der Zugang zur Bedeutung seiner Handlungen verweigert wurde, indem sein Bewußtsein dem eines „falschen“ entsprach. Doch wie sowohl Hegel als auch Marx genau wußten, stellt eine soziale Totalität, der der Spiegel der eigenen Repräsentation fehlt, eine unvollständige soziale Totalität und folgerichtig überhaupt keine soziale Totalität dar. Nur eine vollständige Versöhnung zwischen Substanz und Subjekt, zwischen Sein und Wissen, kann den Abstand zwischen dem Rationalen und dem Realen aufheben. Doch in diesem Fall ist die Repräsentation ein notwendiges Moment bei der Selbsterrichtung der Totalität, und diese wird nur verwirklicht, wenn der Abstand zwischen Handeln und Repräsentation abgeschafft wird. Nur ein grenzenloser historischer Akteur - eine „universelle Klasse“ - kann diese Abschaffung tatsächlich zustande bringen. Diese doppelte Bewegung, durch die einerseits die Grundlage durch eine universelle Klasse zum Subjekt wird, die alle „Entfremdung“ in den Formen der Repräsentation abschafft, und durch die andererseits das Subjekt zur Grundlage wird, indem es alle äußeren Beschränkungen beseitigt, die durch das Objekt gesetzt wurden, steht im Mittelpunkt der modernen Sicht von Geschichte und Gesellschaft.

Diese vier Merkmale laufen in einem fünften zusammen, das vielleicht als der wahre Horizont des modernen Ansatzes zur Politik betrachtet werden könnte: sobald die letzte Grundlage von Politik völlig sichtbar gemacht wird, wird Macht zu einem rein nebensächlichen Phänomen. Die Gründe für diese Reduktion sind offensichtlich: wenn eine soziale Gruppe Macht über eine andere ausübt, dann wird diese Macht von der zweiten Gruppe als irrational erfahren; aber wenn die Geschichte jedoch einen ausschließlich rationalen Prozeß darstellt, dann muß die Irrationalität der Macht rein nebensächlich sein. In diesem Fall gehört entweder die historische Rationalität zum Diskurs der herrschenden Gruppen - und die Ansprüche der Unterdrückten sind der notwendige, aber verzerrte Ausdruck einer höheren Rationalität, die, als ihre eigene Bedingung der Möglichkeit, einen Bereich der Undurchsichtigkeit erzeugt; oder die Diskurse der Unterdrückten sind diejenigen, die die Keime einer höheren Rationalität enthalten - wobei ihre vollständige Verwirklichung die Beseitigung jeder Undurchsichtigkeit zur Folge hat (und damit jeder Macht). Im ersten Fall sind Gewalt und Undurchsichtigkeit in der Tat anwesend. Doch weil die Macht der herrschenden Gruppe völlig rational ist, kann der

Widerstand gegen die Macht nicht äußerlich, sondern muß der Macht selbst innerlich sein; in diesem Fall können die Gewalt und die Undurchsichtigkeit der brutalen Tatsache von Herrschaft nur die notwendig nebensächlichen Formen sein, durch die die Rationalität der Macht Gestalt annimmt. Wenn ein System von Herrschaft rational ist, dann kann ihr repressiver Charakter nur nebensächlich sein. Dies läßt uns nur zwei Alternativen übrig: entweder ist die Sichtweise der herrschenden Gruppe völlig rational, wobei diese Gruppe einen grenzenlosen historischen Akteur darstellt, oder die Blickwinkel sowohl der herrschenden als auch der beherrschten Gruppen sind partiell und begrenzt, wobei die Attribute einer vollständigen Rationalität automatisch auf den historischen Beobachter übertragen werden. Der wichtige Punkt ist, daß in beiden Fällen die Realität von Macht und die Repräsentierbarkeit von Geschichte in einem umgekehrten Verhältnis zueinander stehen.

Diese charakteristischen Merkmale der Moderne haben sich so tief in unsere gewöhnlichen Weisen eingebürgert, die Gesellschaft und die Geschichte zu verstehen, daß neueste Versuche, sie in Frage zu stellen (die mit dem sehr allgemeinen Begriff „Postmoderne“ benannt wurden), eine Tendenz verursacht haben, sie durch ihre reine Abwesenheit zu ersetzen, indem sie ihren Inhalt einfach negieren, eine Negation, die die Einnahme des intellektuellen Terrains fortsetzt, das diese positiven Merkmale entworfen hatte. Auf diese Weise kann die Negation der Tatsache, daß es eine Grundlage gibt, von der aus alle sozialen Inhalte eine exakte Bedeutung erhalten, leicht zu der Behauptung umgewandelt werden, daß Gesellschaft ganz und gar bedeutungslos sei; die Universalität der Agenten der historischen Transformation in Frage zu stellen, führt ziemlich oft zu der Aussage, daß alle historischen Interventionen gleichermaßen und hoffnungslos begrenzt seien; und das Aufzeigen der Undurchsichtigkeit des Repräsentationsprozesses wird gewöhnlich mit einer Ablehnung gleichgesetzt, daß Repräsentation überhaupt möglich ist. Es ist natürlich leicht zu zeigen, daß - in einem grundlegenden Sinne - diese nihilistischen Positionen damit fortfahren, das intellektuelle Terrain zu besetzen, von dem sie sich selbst zu distanzieren versuchen. Beispielsweise zu behaupten, daß etwas bedeutungslos sei, heißt eine sehr klassische Vorstellung von Bedeutung zu behaupten, wobei ihr nur hinzugefügt wird, daß sie abwesend sei. Doch es ist möglich - und dies ist viel entscheidender - aufzuzeigen, daß diese scheinbar radikalen Umkehrungen ihre Überzeugungskraft, wie hoch sie auch sein mag, nur durch eine eindeutig feststellbare Inkonsistenz erlangen können. Wenn ich daraus den Schluß ziehe - wie ich es später in diesem Text tun werde -, daß kein reines Repräsentationsverhältnis erhältlich ist, weil es das Wesen des Repräsentationsprozesses ausmacht, daß das Repräsentierende zu der Identität von dem, was repräsentiert wird, beitragen muß, dann kann das nicht ohne

Inkonsistenz in die Aussage umgewandelt werden, daß „Repräsentation“ einer Vorstellung entspricht, die aufgegeben werden sollte. Denn in diesem Fall wären wir mit den nackten Identitäten des Repräsentierten und des Repräsentierenden in ihrer Selbständigkeit konfrontiert, was exakt der Annahme gleichkommt, die die ganze Kritik der Vorstellung von Repräsentation in Frage gestellt hatte. Ebenso kann die Kritik an der Vorstellung von „Universalität“, die der Idee eines universell Handelnden implizit ist, nicht in die Behauptung der gleichermaßen einheitlichen Einschränkung aller Handelnden umgewandelt werden - weil wir uns dann selbst fragen könnten, in bezug worauf diese Einschränkung besteht. Und die Antwort kann nur darin bestehen, daß sie eine Struktur betrifft, die *allen* Handelnden gleichermaßen Grenzen setzt und die, in diesem Sinne, die Rolle einer wahren Universalität annimmt. Um radikal bedeutungslos zu sein, wird schließlich, als seine Bedingung der Möglichkeit, die kontrastierende Anwesenheit einer voll entwickelten Bedeutung verlangt. Bedeutungslosigkeit entwickelt sich aus Bedeutung, oder, wie mit der Aussage behauptet wurde, die genau das gleiche darlegt: Bedeutung entwickelt sich aus Nicht-Bedeutung.

Gegen diese Entwicklungen des Denkens, die durch die einfache Umkehrung seiner fundamentalen Grundsätze innerhalb des modernen Terrains verbleiben, würde ich gerne eine alternative Strategie vorschlagen: anstelle einer Umkehrung der Inhalte der Moderne das Terrain zu *dekonstruieren*, das die Alternative von Moderne und Postmoderne möglich macht. Das heißt, anstatt innerhalb einer Polarisierung zu verbleiben, deren Möglichkeiten völlig durch die fundamentalen Kategorien der Moderne bestimmt werden, aufzuzeigen, daß die letzteren keinen im wesentlichen einheitlichen Block konstituieren, sondern eher dem sedimentierten Resultat einer Reihe von kontingenten Artikulationen entsprechen. Wenn man die Intuition vom kontingenten Charakter dieser Artikulationen wiederbelebt, wird dies folgerichtig eine Erweiterung des Horizonts hervorbringen, insofern andere Artikulationen - genauso kontingent - ebenfalls ihre Möglichkeit aufweisen werden. Dies hat auf der einen Seite eine neue Haltung gegenüber der Moderne zur Folge: keinen radikalen Bruch mit ihr, sondern eine neue Abwandlung ihrer Leitmotive; kein Verzicht auf ihre Grundsätze, sondern eine Hegemonisierung von ihnen aus einer anderen Perspektive. Auf der anderen Seite bedeutet dies ebenfalls eine Ausdehnung des politischen Feldes statt seines Rückzugs - eine Erweiterung des Feldes strukturaler Unentscheidbarkeit, die die Möglichkeit einer Ausdehnung des Feldes politischer Entscheidung eröffnet. Hier zeigen „Dekonstruktion“ und „Hegemonie“ ihre Komplementarität als die zwei Seiten einer einzigen Operation. Diese beiden Seiten möchte ich nun erörtern.

Lassen Sie mich damit beginnen, auf einen der grundlegenden Texte der Dekonstruktion zu verweisen: die Untersuchung des Verhältnisses zwischen Bedeutung und Wissen bei Husserl (der „formalistischen“ und der „intuitionistischen“ Seite seines Ansatzes), wie sie von Derrida in *Die Stimme und das Phänomen* vorgelegt wurde. Husserl befreit in einem ersten Schritt Bedeutung von der Notwendigkeit, sie mit der unmittelbaren Anschauung eines Gegenstandes auszufüllen. Das heißt, daß er Bedeutung von Wissen befreit. In der Tat hat ein Ausdruck wie beispielsweise ein „quadratischer Kreis“ eine Bedeutung: diejenige Bedeutung, die es mir zu sagen erlaubt, daß er sich auf einen unmöglichen Gegenstand bezieht. Bedeutung und die Erfüllung des Gegenstandes benötigen folglich einander nicht notwendigerweise. Zudem schließt Derrida, daß, wenn Bedeutung streng von Wissen unterschieden werden kann, das Wesen der Bedeutung dann besser erklärt wird, wenn eine derartige Erfüllung nicht stattfindet. In einem zweiten Schritt liquidiert Husserl doch schnell die Möglichkeiten, die dieser zwischen Wissen und Bedeutung errichtete Bruch gerade eröffnet hatte:

„Anders gesagt: das wahre und eigentliche Be-deuten ist das Wahr-reden-Wollen. Diese subtile Verschiebung ist eine Zurücknahme des *Eidos* ins *Telos* und der Sprache ins Wissen. Ein Diskurs erfüllt seine Entelechie nur dann, wenn er wahr ist. Man kann wahrlich *sprechen* (*bien parler*), der „Kreis sei viereckig“, man kann aber nur *wahr* sprechen (*parler bien*), wenn man sagt, daß dem nicht so ist. Schon die erste Proposition ist nicht ohne Sinn. Und man würde sich irren, nähme man an, daß dieser Sinn *nicht* die Wahrheit *erwartet*. Er erwartet die Wahrheit freilich nicht, indem er auf sie wartet, sondern indem er ihr vorausgeht, sie antizipiert. *In Wahrheit* hat nämlich das *Telos*, das eine für „später“ versprochene Erfüllung ankündigt, den Sinn als Gegenstandsbeziehung schon vorher erschlossen.“²

Der wichtige Punkt - der dekonstruktive Moment von Derridas Untersuchung - besteht darin, daß, wenn „Bedeutung“ und „Gegenstandswahrnehmung“ nicht in einer teleologischen Weise aufeinander bezogen sind, es dann in diesem Fall - vom Standpunkt der Bedeutung - unentscheidbar ist, ob letztere dem Wissen nun untergeordnet ist oder nicht. Derrida weist darauf hin, daß sich in dieser Hinsicht der Weg, den Joyce eingeschlagen hat, sehr stark von dem von Husserl unterscheidet. Doch wenn Husserl Bedeutung dem Wissen unterordnet und wenn diese Unterordnung durch das Wesen der Bedeutung nicht verlangt wird, dann kann sie nur aus einer Intervention resultieren, die kontingent gegenüber der Bedeutung ist. Sie stellt das Ergebnis von dem dar, was Derrida eine „ethisch-theoretische Entscheidung“ auf Seiten Husserls genannt hat. Wir können sehen, wie die durch die dekonstruktive Intervention verursachte Ausdehnung des Feldes strukturaler Unentscheidbarkeit gleichzeitig das Terrain erweitert hat, das von der Entscheidung eingenommen wird. Nun entspricht eine kontingente

Intervention, die auf einem unentscheidbaren Terrain stattfindet, genau dem, was wir als eine *hegemoniale* Intervention bezeichnet haben.³

Ich würde gerne etwas eingehender dieses Verhältnis wechselseitiger Implikation zwischen Dekonstruktion und Hegemonie untersuchen. Was die dekonstruktive Maßnahme aufgezeigt hat, ist nicht die tatsächliche *Trennung* zwischen Bedeutung und Wissen, da die beiden in Husserls Text eng miteinander verknüpft sind - tatsächlich resultiert die Einheit der letzteren aus diesem zweifachen Erfordernis, durch das Bedeutung sowohl dem Wissen *untergeordnet* als auch von ihm *unterschieden* werden mußte. Damit demonstriert die dekonstruktive Intervention erstens die *Kontingenz* einer Verbindung und zweitens die Kontingenz einer *Verbindung*. Dies hat eine entscheidende Auswirkung auf unsere Argumentation. Wenn wir ausschließlich die Dimension der Kontingenz hervorheben würden, dann würden wir lediglich den zusammengesetzten Charakter der Verbindung zwischen zwei Identitäten behaupten, wobei jede von ihnen vollständig durch sich selbst konstituiert wäre und nichts außerhalb seiner selbst für diese vollständige Konstitution benötigen würde. Wir würden uns auf einem Terrain reiner Streuung befinden, das eine neue und widersprüchliche Form des Essentialismus darstellen würde, vorausgesetzt, daß jede der monadischen Identitäten in und für sich selbst bestimmt ist (erstes Extrem) und daß, weil die Streuung gleichwohl eine Form von *Beziehung* zwischen Objekten ausmacht, sie ein Terrain benötigt, das als Grundlage oder als Bedingung der Möglichkeit von dieser Streuung fungiert (zweites Extrem) - wobei die Identitäten überhaupt nicht monadisch sein könnten. Damit ist eine Verbindung mit etwas anderem für die Konstitution jeder Identität absolut notwendig, und diese Verbindung muß von kontingenter Natur sein. In diesem Fall gehört es zum Wesen von etwas, kontingente Verbindungen und Kontingenz zu besitzen, und wird deshalb zu einem notwendigen Teil des Wesens von diesem etwas. Dies führt uns zu folgenden Ergebnissen: Wenn der Besitz von Akzidentien ein wesentliches Merkmal einer Substanz darstellt - oder, wenn das Kontingente einen wesentlichen Teil der Notwendigkeit ausmacht - dann bedeutet dies, daß es eine notwendige Unentscheidbarkeit gibt, die in jede Struktur eingeschrieben ist (mit „Struktur“ bezeichne ich eine komplexe Identität, die durch eine Vielfalt von Momenten konstituiert ist). Denn die Struktur verlangt die kontingenten Verbindungen als einen notwendigen Teil ihrer Identität, doch diese Verbindungen - gerade weil sie kontingent sind - können aus keiner Stelle innerhalb der Struktur logisch abgeleitet werden. Damit ist die Tatsache, daß nur einer der möglichen Wege verfolgt und daß nur eine der möglichen kontingenten Verbindungen verwirklicht wird, aus dem Inneren der Struktur heraus unentscheidbar. Insofern die „Strukturalität“ der Struktur die Verwirklichung einer Reihe von kontingenten Verbindungen

darstellt, kann sie den Ursprung dieser Verbindungen nicht innerhalb ihrer selbst finden. Darum muß nach Derridas Analyse die ethisch-theoretische *Entscheidung* von Husserl als ein notwendiges Element hinzugezogen werden, um die Unterordnung der Bedeutung unter das Wissen zu bewerkstelligen. Einen *äußeren* Ursprung einer bestimmten Reihe von strukturellen Verbindungen werden wir als *Kraft* bezeichnen.⁴

Dies ist genau der Punkt, an dem sich Dekonstruktion und Hegemonie überschneiden. Denn wenn die Dekonstruktion die Rolle der Entscheidung außerhalb der Unentscheidbarkeit der Struktur entdeckt, dann verlangt die Hegemonie als eine Theorie der Entscheidung, die auf einem unentscheidbaren Terrain vollzogen wird, daß der kontingente Charakter der Verbindungen, wie er auf diesem Terrain besteht, vollständig durch die Dekonstruktion aufgezeigt wird. Die Kategorie der Hegemonie entstand, um über den politischen Charakter sozialer Verhältnisse innerhalb einer theoretischen Arena nachzudenken, die den Zusammenbruch der klassischen marxistischen Vorstellung von der „herrschenden Klasse“ miterlebt hatte - wobei letztere als ein notwendiger und immanenter Effekt einer vollständig konstituierten Struktur verstanden wurde. Von Anfang an wurden die hegemonialen Artikulationen als kontingente, prekäre und pragmatische Konstruktionen begriffen. Darum gibt es bei Gramsci eine durchgängige Anstrengung, mit der Identifikation von hegemonialen Akten mit objektiven sozialen Positionen innerhalb der Struktur zu brechen. Seine Idee eines „Kollektivwillens“ versucht genau diesen Bruch zu vollziehen, insofern die Kollektivwillen als instabile soziale Instanzen mit ungenauen und ständig neu definierten Grenzen angesehen und durch die kontingente Artikulation einer Vielfalt von sozialen Identitäten und Verhältnissen konstituiert werden. Die zwei Hauptmerkmale einer hegemonialen Intervention bestehen in diesem Sinne sowohl in dem *kontingenten* als auch in dem *konstitutiven* Charakter der hegemonialen Artikulationen, insofern sie soziale Verhältnisse in einem ursprünglichen Sinn begründen, unabhängig von jeder sozialen Rationalität a priori.

Dies wirft jedoch zwei Probleme auf. Das erste bezieht sich auf die äußere Instanz, die die Entscheidung vornimmt. Stellt das nicht eine Wiedereinführung eines neuen Essentialismus über das Subjekt dar? Entspricht dies nicht einer Ersetzung einer objektiven Schließung der Struktur durch eine subjektive Schließung über die Intervention eines Handelnden? Das zweite Problem betrifft die Bedingungen der Sichtbarkeit der Kontingenz der Struktur. Aus Gründen, die weiter unten offensichtlich werden, müssen wir diese beiden Probleme nacheinander, in der eben vorgeschlagenen Reihenfolge, in Angriff nehmen.

Wenn wir den ersten Punkt berücksichtigen, scheint es einleuchtend zu sein, daß die Angelegenheit nicht durch die einfache Behauptung gelöst werden kann, daß das Kunststück

durch ein Subjekt vollbracht wird, das um sein Vorhaben herum die verstreuten Elemente einer verschobenen Struktur reartikuliert. Es besteht eigentlich eine weit komplexere Beziehung zwischen Subjekt und Struktur, als es diese vereinfachte Version von den Bestandteilen, die in einer hegemonialen Artikulation involviert sind, nahelegt. Denn die offensichtliche Frage lautet: Wer ist das Subjekt, und was ist das Terrain seiner Konstitution? Wenn wir oberflächliche *deus ex machina*-Lösungen vermeiden wollen, dann müssen wir diese Frage beantworten. Eine erste Antwort würde einen wohlgeformten und „aufgeklärten“ Marxismus betreffen: es existiert ein grundlegendes Terrain, auf dem die sozialen Instanzen konstituiert werden - die Produktionsverhältnisse - und ein untergeordnetes Terrain, auf dem die verstreuten, zu hegemonisierenden Elemente operieren. Auf diese Weise müssen wir auf nichts verzichten: wir können auf der vollständigen Rolle der Tätigkeit bei der Verrichtung der artikulierenden Aufgabe bestehen, ohne dabei in irgendeinen *aus der Mode gekommenen* Subjektivismus zu verfallen; wir können die Vorstellung eines grundlegenden Agenten des historischen Wandels aufrechterhalten, ohne auf die vielgestaltige und reichhaltige Breite sozialen Lebens zu verzichten; wir können dem fesselnden Spiel historischer Kontingenz freien Lauf lassen, wohlwissend, daß wir die disziplinarischen Mittel besitzen, um sie - „in der letzten Instanz“ - zu der harten Realität struktureller Einschränkungen zurückzubringen. Was für eine schöne und ordentliche kleine Welt! Die Kehrseite der Medaille besteht natürlich darin, daß, wenn der Trennung zwischen den beiden Ebenen überhaupt irgendeine Gültigkeit zukommt, wir die Totalität dann explizit machen müssen, innerhalb derer die Trennung stattfindet; und wenn es eine solche Totalität gibt, dann kann Kontingenz keine wahre Kontingenz sein. Wenn nämlich die *Grenzen* der Kontingenz notwendig sind, dann sind diese Grenzen Teil der kontingenten Identität. Umgekehrt, wenn die notwendigen Grenzen Grenzen der kontingenten Variation darstellen, dann ist die Anwesenheit dieser Variation für die Existenz der Grenzen absolut notwendig, und in diesem Fall, wie wir weiter oben feststellten, wird Kontingenz notwendig. Die Welt ist überhaupt viel wilder und unvorhersehbarer als die Blaupausen unseres *frommen* Marxisten.

Lassen Sie uns also die Karten mischen und das Spiel von neuem beginnen. Das hegemoniale Subjekt kann kein Terrain der Konstitution besitzen, das sich von der Struktur unterscheidet, zu der es gehört. Doch wenn das Subjekt eine bloße Subjektposition innerhalb der Struktur wäre, dann würde letztere völlig in sich geschlossen sein und es würde überhaupt keine Kontingenz geben - und keine Notwendigkeit, irgendetwas zu hegemonisieren. Die Termini unseres Problems sind die folgenden: Hegemonie bedeutet *kontingente* Artikulation; Kontingenz bedeutet *Äußerlichkeit* der artikulierenden Kraft gegenüber den artikulierten

Elementen, und diese Äußerlichkeit kann nicht als eine wirkliche Trennung der Ebenen innerhalb einer vollständig konstituierten Totalität gedacht werden, weil das überhaupt keine Äußerlichkeit wäre. Wie sollen wir also eine Äußerlichkeit erklären, die innerhalb der Struktur auf eine Weise entsteht, die nicht aus einer positiven Differenzierung ihrer konstitutiven Ebenen resultiert? Dies kann nur geschehen, wenn die Struktur nicht völlig mit sich selbst übereinstimmt, wenn sie durch einen ursprünglichen Mangel charakterisiert wird, durch eine grundlegende Unentscheidbarkeit, die unaufhörlich von Akten der Entscheidung abgelöst werden muß. Genau diese Akte sind es, die das *Subjekt* konstituieren, das nur als ein die Struktur transzendierender Wille existieren kann. Weil dieser Wille keinen Ort der Konstitution außerhalb der Struktur besitzt, sondern aus dem Scheitern der Struktur folgt, sich selbst zu konstituieren, kann er nur durch Akte der Identifikation gebildet werden. Ich muß mich mit etwas identifizieren, weil ich in erster Linie keine vollständige Identität besitze. Diese Akte der Identifikation können nur als Ergebnis des Mangels innerhalb der Struktur gedacht werden, und sie führen die permanente Spur dieses Mangels mit sich. Kontingenz wird auf diese Weise erklärt: als der inhärente Abstand der Struktur zu sich selbst. (Dies stellt eigentlich die Matrix aller Sichtbarkeit und aller Repräsentation dar: ohne diesen Abstand wäre keine Vorstellung möglich.)

Dies führt uns zu unserem zweiten Problem: Was sind die Bedingungen für die Sichtbarkeit der Kontingenz der Struktur? Ein Teil der Frage wurde schon beantwortet: insofern kein besonderer Inhalt *vorherbestimmt* ist, die strukturelle Lücke auszufüllen, ist es der Widerstreit verschiedener Inhalte in ihrem Versuch, diese auszufüllende Rolle zu übernehmen, die die Kontingenz der Struktur sichtbar machen wird. Doch dies führt uns zu einer anderen Konsequenz, die für unsere Argumentation eine größere Bedeutung besitzt. Die Sichtbarkeit des kontingenten Charakters des die Struktur schließenden Inhalts verlangt, daß solch ein Inhalt als gleichgültig gegenüber der strukturellen Lücke und, in diesem Sinne, als gleichwertig mit anderen möglichen Inhalten betrachtet wird. Dies bedeutet, daß die Beziehung zwischen dem konkreten Inhalt und seiner Rolle als Füller der Lücke innerhalb der Struktur rein äußerlich ist - darin genau liegt die Kontingenz. Doch in diesem Fall wird der konkrete, dieses Schließen übernehmende Inhalt konstitutiv gespalten sein: auf der einen Seite wird er seinen eigenen buchstäblichen Inhalt darstellen; auf der anderen Seite wird er - insofern er eine Funktion ausfüllt, die gegenüber dieser Kontrolle kontingent ist - eine allgemeine Funktion des Ausfüllens repräsentieren, die unabhängig von jedem besonderen Inhalt ist. Diese zweite Funktion ist das, was ich in einem anderen Text die *allgemeine Form der Fülle* genannt habe.⁵ Folglich wäre die vollständige Antwort zu unserem zweiten

Problem, daß die Bedingung für die Sichtbarkeit der Kontingenz der Struktur in der Sichtbarkeit der Lücke zwischen der allgemeinen Form der Fülle und dem konkreten Inhalt besteht, der diese Form verkörpert. In einer Situation großer Unordnung wird das Bedürfnis nach einer Ordnung dringender sein als ihr konkreter Inhalt; und je umfassender diese Unordnung ist, desto größer wird der Abstand zwischen diesen beiden Dimensionen ausfallen und desto gleichgültiger werden die Menschen gegenüber dem konkreten Inhalt der politischen Formen sein, die die Dinge in eine gewisse Normalität zurückversetzen.⁶

Wir können nun einige allgemeine Schlußfolgerungen über diese Spaltung ziehen. Es ist leicht zu erkennen, daß, würde eine totale Schließung der Struktur erreicht werden, die Spaltung abgelöst werden würde, weil in diesem Fall die allgemeine Form der Fülle der Struktur immanent wäre, und es unmöglich wäre, sie von ihrem konkreten - buchstäblichen - Inhalt zu unterscheiden. Nur wenn die Fülle als dasjenige wahrgenommen wird, was der Struktur fehlt, können die allgemeine Form und der konkrete Inhalt unterschieden werden. In diesem Fall wären wir anscheinend einer einfachen Dualität ausgeliefert, durch die wir auf der einen Seite die (teilweise zerstörte) Struktur und auf der anderen Seite die verschiedenen und - wie wir gesehen haben - teilweise gleichwertigen Versuche haben, die strukturellen Lücken auszufüllen und neue restrukturierende Diskurse und Praktiken einzuführen. Indessen besteht in dieser Darstellungsweise der Sache ein Trick, durch den etwas wesentlich Entscheidendes verborgen wird. Lassen Sie uns die Angelegenheit sorgfältig überprüfen. Alles dreht sich um den Status dieser Kategorie der „Äquivalenz“, die wir eingeführt haben, um eine der Dimensionen des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Diskursen zu kennzeichnen, die versuchen, die strukturelle Lücke auszufüllen. Was stellt die Bedingung der Möglichkeit einer solchen Äquivalenz dar? Lassen Sie uns an das berühmte Beispiel von Menschen denken, die in der Nachbarschaft eines Wasserfalls leben. Sie hören ihr ganzes Leben das Rauschen des herabstürzenden Wassers - das heißt, das Geräusch stellt einen beständigen Hintergrund dar, den sie normalerweise nicht bewußt zur Kenntnis nehmen. Somit hören sie das Rauschen *eigentlich* nicht. Doch wenn aus irgendeinem Grund der Wasserfall eines Tages plötzlich aufhört, dann werden sie zu hören beginnen, was, streng ausgedrückt, nicht gehört werden kann: Stille. Es ist der Mangel von etwas, der auf diese Weise eine vollständige Präsenz erlangt hat. Jetzt lassen Sie uns annehmen, daß diese Stille zeitweilig durch Geräusche eines anderen Ursprungs unterbrochen wird, die der Wasserfall vorher unhörbar machte. Alle diese Geräusche werden eine gespaltene Identität besitzen: auf der einen Seite sind es *spezifische* Geräusche; auf der anderen Seite haben sie eine äquivalente Identität, da sie alle die Stille

brechen. Die Geräusche sind nur äquivalent, weil es Stille gibt; doch die Stille ist nur hörbar als der Mangel einer vorangehenden Fülle.

Diesem Beispiel fehlt jedoch eine Dimension des gemeinschaftlichen Mangels: jener wird als Verlust erfahren, während ich der An- oder Abwesenheit des Geräusches des Wasserfalls vollkommen gleichgültig gegenüberstehen kann. Darum wird der soziale Mangel als Unordnung, als Desorganisation, erlebt, und Versuche der Abhilfe werden durch Identifikationen unternommen. Aber wenn die sozialen Verhältnisse diskursive Verhältnisse sind, symbolische Verhältnisse, die sich selbst durch Signifikationsprozesse konstituieren, dann muß das Scheitern dieses Konstitutionsprozesses selbst, die Anwesenheit des Mangels innerhalb der Struktur, bezeichnet sein. Damit stellt sich die Frage, ob es spezifische diskursive Formen der Anwesenheit des Mangels gibt? Hat diese Spaltung zwischen konkretem Inhalt und allgemeiner Form der Fülle eine besondere Art und Weise, sich selbst kund zu tun? Die Antwort heißt ja, und ich werde argumentieren, daß die allgemeine Form der Fülle sich selbst durch die diskursive Präsenz von ihrer Natur nach flottierenden Signifikanten anzeigt - das heißt, diese resultieren nicht aus kontingenten Mehrdeutigkeiten der Bedeutung, sondern aus der Notwendigkeit, den Mangel (die abwesende Fülle innerhalb der Struktur) zu bezeichnen. Lassen Sie uns einen politischen Diskurs annehmen, der behauptet, daß die Labour-Partei eher als die Tories in der Lage ist, die *Einheit des britischen Volkes* zu sichern. In einer Aussage wie dieser, die in der politischen Debatte ziemlich häufig vorkommt, haben wir eine Entität - „Einheit des britischen Volkes“ - die sich qualitativ von den beiden anderen - Labour und Tories - unterscheidet. Erstens ist diese Einheit etwas zu Verwirklichendes, so daß sie, im Gegensatz zu den beiden anderen Entitäten, nichts wirklich Existierendes, sondern den Namen einer abwesenden Fülle darstellt. Doch zweitens würde sich die Art der politischen Einheit, die Labour einerseits und die Tories andererseits zuwege bringen würden, wesentlich voneinander unterscheiden, so daß, wenn der Begriff *Einheit* eine konkrete Entität auf derselben Ebene wie die der beiden politischen Kräfte bedeuten würde, die Aussage nahezu tautologisch wäre - sie wäre gleichbedeutend mit „Labour ist eher als die Tories in der Lage, die Einheit des britischen Volkes nach Art von Labour zu sichern“. Doch offensichtlich beabsichtigt die ursprüngliche Aussage nicht, *dies* auszudrücken. Also stellen auf der einen Seite die verschiedenen politischen Kräfte den konkreten Inhalt der Einheit bereit, ohne den die Einheit nicht existieren kann, aber auf der anderen Seite wird die Einheit durch keine der beiden alternativen konkreten Inhalte vollständig ausgeschöpft. „Einheit“ ist ein flottierender Signifikant, weil seine Bedeutungen nur durch die konkreten Inhalte fixiert werden, die durch die antagonistischen Kräfte bereitgestellt werden; doch gleichzeitig ist

dieses Flottieren nicht ausschließlich kontingent und nebensächlich, weil ohne es eine politische Debatte unmöglich wäre und das politische Leben die Gestalt eines Dialogs zwischen Tauben annehmen würde, in dem wir ausschließlich unvereinbare Aussagen hätten. Die weiter oben erwähnte grundlegende Spaltung findet die Form ihrer diskursiven Anwesenheit durch diese Herstellung von leeren Signifikanten, die die allgemeine Form der Fülle repräsentieren. In einem anderen Essay⁷ habe ich gezeigt, daß ein Ausdruck wie „die Faschisten hatten bei der Durchführung der Revolution Erfolg, was den Kommunisten mißlang“ während der frühen 20er Jahre in Italien völlig sinnvoll war, weil der Signifikant „Revolution“ ein leerer war, der das Gefühl der Menschen zum Ausdruck brachte, daß die alte, aus dem Risorgimento herrührende Ordnung überholt war und daß der italienische Staat eine radikale Neugründung benötigte.

Lassen Sie uns ein letztes Beispiel in Angriff nehmen. In einem vor einigen Jahren veröffentlichten Artikel⁸ widerspricht Quentin Skinner der Art und Weise, wie Stuart Hampshire einen imaginären Dialog zwischen einem Liberalen und einem Marxisten darbietet⁹. Laut Hampshire dreht sich die Meinungsverschiedenheit um die Bedeutung des Begriffs *politisch*: während der Marxist ihm eine umfassende Verwendung gibt, fällt der liberale Gebrauch weitaus begrenzter aus. Für Skinner ist in der Kontroverse jedoch viel mehr involviert als die Bedeutung des Begriffs, vorausgesetzt, daß es überhaupt nicht verständlich ist, warum unvereinbare, einem Begriff zugeschriebene Bedeutungen ein Kriterium darstellen sollen, anhand dessen man eine Bedeutung der anderen vorziehen würde. Und er schlußfolgert:

„Wenn der Marxist den Liberalen aufrichtig davon überzeugt, einige politische Einsichten zu teilen oder wenigstens anzuerkennen, dann muß er in Wirklichkeit auf zwei Punkten bestehen. Der eine ist natürlich, daß der Begriff „politisch“ angemessenerweise auf Bereiche des Handelns angewandt werden kann, wo der Liberale niemals daran gedacht hat, ihn anzuwenden. Doch der andere Punkt, der den Liberalen auffordert, seiner Verwendung des Begriffs zuzustimmen, besteht darin, daß dies nicht auf einer Meinungsverschiedenheit über die Bedeutung des Begriffs, sondern eher auf der Tatsache beruht, daß der Liberale eine Person von eingeschränkter politischer Sensibilität und Bewußtsein ist.“¹⁰

Ich stimme mit den beiden Punkten Skinners überein, aber ich würde gerne etwas hinzufügen, was die Art des dialogischen Prozesses betrifft, der die zwei Vorgehensweisen zur Folge hat. Den Liberalen davon zu überzeugen, daß der Begriff *politisch* auf Bereiche des Handelns angewandt werden kann, den er vorher nicht umschlossen hatte, ist etwas, das, worauf Skinner selbst hingewiesen hat, nur unternommen werden kann, wenn der Marxist in der Lage ist, mit einiger Plausibilität geltend zu machen, daß er oder sie den Begriff aufgrund seines

vereinbarten Sinns gebraucht.¹¹ Wenn nun der Liberale nicht versteht, daß dieser vereinbarte Sinn die Art von Situation einschließt, auf die sich der Marxist bezieht, dann kann dies aus einem der beiden folgenden Gründe geschehen: entweder wegen eines *logischen* Fehlers oder, glaubhafter, wegen einer „eingeschränkten politischen Sensibilität und eines eingeschränkten politischen Bewußtseins“. Damit unterscheiden sich Skinners zwei Punkte nicht wirklich voneinander. Einen Begriff auf neue Bereich des Handelns aufgrund eines vereinbarten Sinns anzuwenden, verlangt, als eine Voraussetzung *sine qua non*, eine *Neubeschreibung* einer gegebenen Situation in Begriffen, die eine eingeschränkte politische Sensibilität aus dem Weg räumen. Doch damit haben wir sehr wenig gewonnen. Warum wird denn eine Neubeschreibung überhaupt akzeptiert werden? Wenn jemand in einer Beschreibung A völlig glücklich und gut eingerichtet ist, dann hat er oder sie keinen Grund, warum auch immer, zu einer Beschreibung B zu wechseln. Der einzige Weg aus dieser Sackgasse ist, daß die Beschreibung B nicht darauf hinausläuft, an die Stelle einer voll entwickelten Beschreibung A zu treten, sondern einer Situation eine Beschreibung zur Verfügung stellt, die in Begriffen des alten Paradigmas zunehmend unbeschreibbar wird. Das heißt, daß die einzige Art und Weise, wie der Prozeß der Überzeugung vorgehen kann, darin besteht, daß er sich von einem Mangel an Überzeugung zu einer Überzeugung, anstatt von einer Überzeugung zur anderen, fortbewegt. Das bedeutet, daß es die Funktion einer neuen Sprache ist, eine Lücke auszufüllen. Hampshire nimmt also zutreffenderweise an, daß es keine Möglichkeit der Wahl zwischen zwei getrennten Vorstellungswelten gibt. Doch Skinner liegt mit seiner Behauptung ebenfalls richtig, daß die Kontroverse nicht bloß um die Bedeutung der Begriffe, sondern um umfassendere Neubeschreibungen geht. Wenn wir uns einig sind, daß die Bedingung einer erfolgreichen Neubeschreibung darin besteht, daß sie nicht nur eine alte ersetzt, sondern ebenfalls eine Lücke ausfüllt, die sich in der allgemeinen Beschreibbarkeit einer Situation eröffnet hat, dann wird die gültige Neubeschreibung eine gespaltene Identität besitzen: auf der einen Seite wird sie ihr eigener Inhalt sein; auf der anderen wird sie das Prinzip der Beschreibbarkeit als solches verkörpern - mit anderen Worten das, was wir als die allgemeine Form der Fülle bezeichnet haben. Ohne diese zweite Funktion der Signifikation, ohne das, was wir die Hegemonisierung der allgemeinen Form der Fülle durch eine konkrete Beschreibung nennen könnten, würden wir uns in Hampshires „getrennten Vorstellungswelten“ wiederfinden und keine Interaktion zwischen den politischen Diskursen wäre möglich.

Die vorhergehenden Ausführungen stellen einige Elemente bereit, um uns unserem anfänglichen Problem zuzuwenden: Wie können wir den historischen Horizont der Moderne

überschreiten, ohne uns einer ausschließlichen Alternative zwischen Moderne und Postmoderne auszuliefern, in der der rein negative Charakter der Inhalte des zweiten Pols bedeutet, daß diejenigen des ersten ihre Herrschaft unangefochten fortsetzen? Wie können wir einem Nihilismus entgehen, dessen bloße Logik genau das reproduziert, was sie in Frage stellen will? Unser Argument wird erstens lauten, daß es die, auf den vorangegangenen Seiten diskutierte, strukturelle Unentscheidbarkeit ist, wenn sie in all ihren radikalen Konsequenzen akzeptiert wird, die es ermöglicht, sowohl über die Moderne als auch über ihre nihilistische Kehrseite hinauszugehen; und zweitens, daß dieses Hinausgehen über die Moderne nicht in einem Verzicht auf all ihre Inhalte besteht, sondern vielmehr in dem Verlust ihrer Dimension des Horizonts (eine Kategorie, die ich erklären muß). Ich werde den ersten Punkt zusammen mit den Funktionsweisen der Logik von Repräsentation und Macht in den zeitgenössischen Gesellschaften diskutieren und werde später zu dem Problem der Krise des fundamentalen Horizonts der Moderne zurückkehren.

Zuerst die Repräsentation: Was ist in den Repräsentationsprozeß involviert? Im wesentlichen die *fictio iuris*, daß jemand an einem Ort anwesend ist, von dem er oder sie materiell abwesend ist. Die Repräsentation stellt den Prozeß dar, durch den jemand anderes - der Repräsentant - den Repräsentierten „vertritt“ und gleichzeitig „verkörpert“. Es scheint, als wären die Bedingungen für eine vollkommene Repräsentation erfüllt, wenn die Repräsentation einem unmittelbaren Prozeß der Übertragung des Willens des Repräsentierten entspricht, wenn der Repräsentationsakt im Verhältnis zu diesem Willen völlig transparent ist. Dies setzt voraus, daß der Wille vollständig konstituiert ist und daß sich die Rolle des Repräsentanten in seiner Funktion der Vermittlung erschöpft. Folglich muß die jeder Vertretung und Verkörperung inhärente Undurchsichtigkeit auf ein Minimum reduziert werden; der Körper, in dem die Verkörperung stattfindet, muß nahezu unsichtbar bleiben. Dies ist jedoch der Punkt, an dem die Schwierigkeiten beginnen. Denn weder auf der Seite des Repräsentanten noch auf der des Repräsentierten werden die Bedingungen einer vollkommenen Repräsentation erlangt - und dies resultiert nicht aus dem, was empirisch erreichbar ist, sondern entspricht gerade der dem Repräsentationsprozeß inhärenten Logik. Soweit es den Repräsentierten betrifft, falls er oder sie es überhaupt benötigt, repräsentiert zu werden, folgt dies aus der Tatsache, daß seine oder ihre fundamentale Identität an einem Ort *A* konstituiert wird und daß Entscheidungen, die diese Identität beeinflussen können, an einem Ort *B* vorgenommen werden. Doch in diesem Fall stellt seine oder ihre Identität eine unvollständige Identität dar, und das Repräsentationsverhältnis - weit davon entfernt, sich auf eine voll entwickelte Identität zu beziehen - ist ein *Supplement*, das notwendig für die

Konstitution dieser Identität ist. Das entscheidende Problem besteht darin, zu bestimmen, ob dieses Supplement einfach von dem Ort *A* *abgeleitet* werden kann, wo die ursprüngliche Identität des Repräsentierten konstituiert wurde, oder ob es einer vollkommen *neuen* Hinzufügung entspricht, wobei die Identität des Repräsentierten durch den Repräsentationsprozeß überformt und ausgeweitet wird. Meiner Meinung nach ist immer das letztere der Fall. Lassen Sie uns ein sehr einfaches Beispiel nehmen, in dem der Beitrag des Repräsentanten zur Konstitution des „Interesses“, das repräsentiert wird, anscheinend geringfügig ist: Ein Abgeordneter, der eine Gruppe Farmer repräsentiert, deren vorrangiges Interesse der Aufrechterhaltung der Preise für landwirtschaftliche Güter gilt. Auch in diesem Fall überschreitet die Rolle des Repräsentanten bei weitem die einfache Übertragung eines vorher bestehenden Interesses. Denn das Terrain, auf dem die Interessen repräsentiert werden müssen, stellt das der nationalen Politik dar, wo viele andere Angelegenheiten ausgetragen werden, und auch etwas anscheinend so gewöhnliches wie der Schutz landwirtschaftlicher Preise verlangt Prozesse der Verhandlung und der Artikulation mit einer ganzen Reihe von Kräften und Problemen, die weit darüber hinausgehen, was von dem Ort *A* aus vorstellbar und ableitbar ist. Damit *schreibt* der Repräsentant ein Interesse in eine komplexe Realität *ein*, die sich von derjenigen unterscheidet, in der das Interesse ursprünglich formuliert wurde, und, indem er oder sie so vorgeht, konstruiert und überformt er oder sie dieses Interesse. Aber der Repräsentant transformiert auf diese Weise ebenfalls die Identität des Repräsentierten. Die ursprüngliche Lücke innerhalb der Identität des Repräsentierten, die durch ein mittels des Repräsentationsprozesses beigesteuertes Supplement ausgefüllt werden muß, eröffnet eine unentscheidbare Bewegung in zwei Richtungen, die konstitutiv und irreduzibel ist. Es existiert da eine Undurchsichtigkeit, eine wesentliche Unreinheit innerhalb des Repräsentationsprozesses, die gleichzeitig sowohl seine Bedingung der Möglichkeit als auch der Unmöglichkeit darstellt. Der „Körper“ des Repräsentanten kann aus wesentlichen Gründen nicht reduziert werden. Eine Situation vollkommener Zugänglichkeit und Übertragung durch einen vollkommen transparenten Träger würde überhaupt keine Repräsentation nach sich ziehen.

Damit hat die Idee des Besitzes einer vollkommenen Repräsentation eine logische Unmöglichkeit zur Folge - doch das bedeutet nicht, daß Repräsentation im Ganzen unmöglich ist. Das Problem besteht vielmehr darin, daß Repräsentation den Namen für ein unentscheidbares Vorhaben darstellt, das eine Vielfalt sozialer Verhältnisse organisiert, aber dessen Funktionsweisen nicht in einem rational faßbaren und letzten Endes einheitlichen Mechanismus festgelegt werden können. Innerhalb der Demokratietheorie wurde

Repräsentation oft für die Schwierigkeiten kritisiert, die sie an eine Zugänglichkeit stellt, die in einer demokratischen Gesellschaft als wesentlich angesehen wird. Doch viele Versionen dieser Kritik sind unbegründet. Es stellt eine einseitige Sichtweise dar, die Gefahr ausschließlich in der Möglichkeit zu sehen, daß der Wählerwille von seinen Repräsentanten ignoriert und verraten wird. Es gibt natürlich viele Fälle, in denen solch ein Wille ignoriert oder systematisch verzerrt wird. Was diese Kritik aber vernachlässigt, ist die Rolle des Repräsentanten bei der Konstitution eines solchen Willens. Wenn, wie ich dargelegt habe, eine Lücke in der Identität der Repräsentierten existiert, die den Repräsentationsprozeß verlangt, um sie auszufüllen, dann ist es einfach nicht wahr, daß die Minimierung derjenigen sozialen Bereiche, innerhalb derer die repräsentativen Mechanismen operieren, notwendigerweise zu demokratischer verwalteten Gesellschaften führen wird. Wir leben in Gesellschaften, in denen wir zunehmend unfähiger werden, uns auf eine einzelne oder wesentliche Ebene als diejenige zu beziehen, auf der die fundamentale Identität sozial Handelnder konstituiert wird. Dies bedeutet auf der einen Seite, daß die sozial Handelnden immer mehr zu „multiplen Ichs“ werden, mit lose integrierten und instabilen Identitäten; und auf der anderen Seite, daß es eine starke Vermehrung von Stellen innerhalb der Gesellschaft gibt, von denen Entscheidungen, die ihr Leben beeinflussen, unternommen werden. Daraus resultiert, daß die Notwendigkeit, „die Lücken auszufüllen“, nicht mehr ein „Supplement“ darstellt, das dem fundamentalen Bereich der Identitätskonstitution des Handelnden hinzugefügt wird, sondern stattdessen ein *primäres* Terrain wird. Die konstitutive Rolle der Repräsentation bei der Willensbildung, die in stabileren Gesellschaften teilweise verborgen war, wird jetzt völlig sichtbar. Die Ebene nationaler Politik kann zum Beispiel als diejenige funktionieren, auf der die Diskurse der Repräsentanten Formen der Artikulation und Einheit zwischen ansonsten fragmentierten Identitäten anregen können. Dies bedeutet, daß wir der Struktur des Repräsentationsprozesses nicht entgehen können und daß demokratische Alternativen konstruiert werden müssen, die die Stellen, von denen und um die herum Repräsentation operiert, vervielfältigen, als zu versuchen, ihr Ausmaß und ihren Bereich des Funktionierens zu begrenzen.

Wir haben gesehen, was in eine Situation involviert ist, in der der Diskurs des Repräsentanten die Lücke in der Identität des Repräsentierten ausfüllen muß: daß der Diskurs eine zweifache Rolle übernehmen wird, auf die ich mich vorhin bezogen habe, und zwar sowohl die, ein partikularer Ausfüller zu sein, als auch die auszufüllende Funktion zu symbolisieren. Doch dies bedeutet, daß die Lücke zwischen den beiden Gliedern dieser Dualität in den heutigen Gesellschaften notwendigerweise anwachsen wird und daß die Rolle der Repräsentanten

immer zentraler und konstitutiver werden wird. Ist dies wirklich so schlecht? Distanzieren wir uns durch diesen sich ausweitenden Abstand zunehmend selbst von der Möglichkeit, demokratisch verwaltete Gesellschaften zu erreichen? Daran glaube ich nicht. Die Situation entspricht eher dem Gegenteil. In einer Situation, in dem der konkrete Inhalt und die allgemeine Form der Fülle nicht unterschieden werden können - das heißt, in einem geschlossenen Universum, in dem keine Repräsentation benötigt wird - ist ein demokratischer Wettbewerb nicht möglich. Die Transparenz einer vollständig erlangten Identität wird den automatischen Ursprung aller Entscheidungen darstellen. Dies ist die Welt der Homerischen Helden. Wenn es aber eine Lücke in der Identität sozialer Akteure gibt, dann wird das Ausfüllen dieser Lücke notwendigerweise die Spaltung zwischen dem füllenden Inhalt und der füllenden Funktion verursachen, und weil die letztere notwendigerweise mit keinem bestimmten Inhalt verbunden ist, wird es einen Wettbewerb zwischen den verschiedenen Inhalten um die Verkörperung der konkreten Form der Fülle geben. Eine demokratische Gesellschaft ist keine, in der der „beste“ Inhalt unangefochten herrscht, sondern ist eher eine, in der nichts definitiv erlangt wird und immer die Möglichkeit der Anfechtung besteht. Wenn wir zum Beispiel an das Wiederaufleben des Nationalismus und aller Arten von ethnischen Identitäten im heutigen Osteuropa denken, dann können wir leicht erkennen, daß die Gefahr für die Demokratie in der Schließung dieser Gruppen um vollständig entwickelte Identitäten herum liegt, die nur ihre reaktionärsten Tendenzen bestärken und die Bedingungen für eine permanente Konfrontation mit anderen Gruppen erzeugen können. Es ist im Gegenteil die Integration dieser Nationen in größere Ensembles - so wie die EU -, die die Grundlage für eine demokratische Entwicklung hervorbringen kann und die die Spaltung von sich selbst verlangt, die Notwendigkeit, außerhalb von sich repräsentiert zu werden, um ein geeignetes Ich abzugeben. Demokratie existiert nur, wenn der positive Nutzen einer verschobenen Identität anerkannt wird. Der von Homi Bhabha und anderen Verfassern passenderweise vorgeschlagene Begriff der *Hybridisierung* ist hier vollkommen anwendbar. Doch in diesem Fall besteht die Bedingung einer demokratischen Gesellschaft in ihrer konstitutiven Unabgeschlossenheit - die natürlich die Unmöglichkeit einer endgültigen Grundlage nach sich zieht. Wir können erkennen, daß dies eine Verwerfung dieser Grundlage darstellt, die der verkehrten und unfruchtbaren Dichotomie von Moderne und Nihilismus entgeht: sie konfrontiert uns nicht mit der Alternative zwischen An- und Abwesenheit einer Grundlage, sondern mit der niemals endenden Suche nach etwas, das ihrer bloßen Unmöglichkeit einen positiven Wert verleihen muß.

Wenn wir uns auf Macht beziehen, dann befinden wir uns in der gleichen Situation. Die traditionelle Vorstellung einer emanzipierten Gesellschaft ist die einer völlig rationalen Gesellschaft, aus der Macht vollkommen beseitigt worden ist. Doch wie wir gesehen haben, muß Macht für die rationalistische Konzeption der Gesellschaft, auf der die Idee von Emanzipation beruht, ausschließlich nebensächlich sein. Dies beschert uns das Verhältnis einer antinomischen Situation. Wenn Emanzipation als ein *wirkliches* Ereignis möglich sein soll - das heißt, wenn sie einen ontologischen Status besitzt und nicht nur den gelebten Inhalt des falschen Bewußtseins der Menschen darstellt - dann muß Macht ebenfalls wirklich sein. Doch wenn Macht wirklich ist, dann muß die Beziehung zwischen Macht und dem, was sich von ihr befreit, diejenige einer radikalen Äußerlichkeit darstellen - ansonsten würde eine von Macht zur Emanzipation führende rationale Verbindung bestehen, und Emanzipation wäre so nicht wirklich. Die Schwierigkeit liegt in der Tatsache, daß eine Beziehung radikaler Äußerlichkeit zwischen zwei Kräften eine *kontingente* Beziehung darstellt, und wenn Emanzipation Macht durch einen kontingenten Prozeß des Kampfes beseitigt, dann muß sie selbst folgerichtig Macht sein. Könnte man jedoch nicht sagen, daß, sobald die Emanzipation die Macht zerstört hat, sie aufhört, Macht zu sein? Nein, weil eine völlige Transparenz und Rationalität nicht logisch aus der jeder kontingenten Machtausübung inhärenten Undurchsichtigkeit hervorgehen können. Nur wenn der Sturz der Macht der Ausdruck einer höheren Rationalität gewesen wäre, die sie in einen *notwendigen* Schritt verwandelt hätte, dann wäre die Emanzipation durch und durch rational. Wie wir jedoch gesehen haben, würde sie in diesem Fall aufhören, eine Emanzipation darzustellen. Damit ist es gerade die Bedingung von Emanzipation - ihr radikaler Bruch mit Macht - was die Emanzipation unmöglich macht, weil sie von Macht nicht zu unterscheiden ist. Die Konsequenz stellt jedoch nicht das nihilistische Ergebnis dar, daß Emanzipation unmöglich ist und daß nur Macht übrig bleibt, weil unsere Schlußfolgerung darin besteht, daß Macht gerade die Bedingung von Emanzipation ist. Wenn sich alle Emanzipation als Macht konstituieren muß, dann wird es eine Vielzahl von Machtausübungen geben - und folglich eine Vielzahl kontingenter und partieller Emanzipationen. Wir befinden uns in der Machiavellischen Situation einer Vielzahl von Kämpfen *innerhalb* des Sozialen und nicht in einem Akt radikaler Neugründung, die den Ursprung des Sozialen annehmen würde. Ersetzt wird die logisch unmögliche Idee einer grundlegenden Dichotomie, die Emanzipation mit der Beseitigung von Macht gleichsetzt. Wie in dem Fall der jedem Repräsentationsprozeß inhärenten Unreinheit sollte jedoch die Dimension der Macht, die unausrottbar und für jede soziale Identität konstitutiv ist, nicht als Hindernis, sondern als Quelle eines neuen historischen Optimismus angesehen werden. Denn

wenn eine totale Beseitigung von Macht erreichbar wäre, dann würden die sozialen Verhältnisse vollkommen transparent sein, Differenz würde unmöglich werden und *Freiheit* würde einen überflüssigen Begriff darstellen. Wir würden tatsächlich das Ende der Geschichte erreichen.

Dies führt mich zu meinem letzten Punkt. Was wir mit unserer zeitgenössischen Erfahrung bezeugen, ist das Ende der Moderne als eines Horizonts, aber nicht notwendigerweise das der partikularen Zielsetzungen und Forderungen, die seine Inhalte konstituiert haben. Wir nennen *Horizont* das, was zu ein und derselben Zeit die Grenzen und das Terrain der Konstitution jedes möglichen Ziels errichtet - und dies macht folglich jedes „dahinter“ unmöglich. Vernunft für die Aufklärung, Fortschritt für den Positivismus und kommunistische Gesellschaft für den Marxismus - dies sind keine Namen von Zielen innerhalb eines bestimmten Horizonts, sondern der Horizont selber. In diesem Sinne sind die grundlegenden Merkmale der modernen Vorstellung von Politik, auf die ich zu Beginn meines Textes hingewiesen habe, in den zentralen Dimensionen der als fundamentalen Horizont verstandenen Moderne fest verwurzelt. Ich kann nun feststellen, indem ich die grundlegenden Schlußfolgerungen meiner Argumentation dahingehend verallgemeinere, daß die Krise dieses Horizonts, die von vielen Seiten her aufgezeigt wurde und die weit davon entfernt ist, zu einer umfassenden Implosion des Sozialen und zu einem Rückgang der Teilnahme an der öffentlichen Sphäre zu führen, zum ersten Mal die Möglichkeit einer radikalen politischen Vorstellung von Gesellschaft hervorgebracht hat. Lassen Sie uns kurz auf unsere fünf Merkmale eingehen und sehen, in welcher Weise die „postmoderne“ Wende dabei behilflich ist, die Politik von ihren begrenzenden modernen Fesseln zu befreien.

Zuerst die radikale Transformation: Wenn diese Transformation als eine verstanden wird, die auf der Ebene einer rational faßbaren Grundlage des Sozialen stattfindet, dann stellt die Transformation das Werk der Vernunft und nicht von uns selbst dar. Eine Rationalität, die uns völlig transzendiert, bestimmt das, was geschehen soll, und unsere einzige mögliche Freiheit besteht darin, uns dieser Notwendigkeit bewußt zu sein. In dieser Hinsicht kann eine universelle Klasse nur ein grenzenloser historischer Akteur sein, der die Dualität von Subjekt und Objekt abschafft. Doch wenn es keine Grundlage des Sozialen gibt, dann wird jede historische Intervention das Werk von begrenzt historisch Handelnden darstellen. Diese Einschränkung wird jedoch durch eine neue Freiheit mehr als kompensiert, die die sozial Handelnden erlangen, wenn sie zu den Schöpfern ihrer eigenen Welt werden. Folglich wird die Vorstellung radikaler Transformation verschoben: ihr radikaler Charakter wird durch die Überdeterminierung von partiellen Veränderungen, die sie mit sich bringt, und nicht durch

ihre Funktionsweise auf der Ebene einer fundamentalen Grundlage veranlaßt. Dies erklärt, warum das zweite und das vierte Merkmal, die wir in dem modernen Ansatz zur Politik ausgemacht haben, ebenfalls verschoben werden. Die Kategorie der „sozialen Totalität“ kann sicherlich nicht abgeschafft werden, weil, insofern jede soziale Handlung auf einem überdeterminierten Terrain stattfindet, sie bis zu einem gewissen Grad die sozialen Verhältnisse „totalisiert“; doch Totalität wird nun den Namen eines Horizonts und nicht mehr den einer Grundlage markieren. Und aus demselben Grund versuchen die sozialen Akteure, ihre Einschränkungen zu überwinden, doch in dem Maße, wie die Vorstellung eines grenzenlosen historischen Akteurs abgeschafft worden ist, kann diese Überwindung nur den pragmatischen Prozeß der Konstruktion von stark überdeterminierten sozialen Identitäten darstellen. Was ist mit der Repräsentierbarkeit? Es steht fest, daß, wenn es keine endgültige rationale Grundlage des Sozialen gibt, eine totale Repräsentierbarkeit unmöglich ist. Doch in diesem Fall können wir von „partiellen“ Repräsentationen sprechen, die, innerhalb ihrer Grenzen, mehr oder weniger angemessene Abbildungen der Welt darstellen würden. Wenn die radikale Kontingenz das Terrain der Grundlage besetzt, wird jede soziale Bedeutung eine soziale Konstruktion sein und keine intellektuelle Reflexion von dem, was die Dinge „in sich selbst“ sind. Die Konsequenz besteht darin, daß in diesem „Krieg der Interpretationen“ Macht, weit davon entfernt, bloß nebensächlich zu sein, konstitutiv für soziale Objektivität wird.

Drei Schlüsse folgen aus den vorangehenden Ausführungen. Erstens, daß Politik, weit davon entfernt, sich auf den Überbau zu beschränken, die Rolle von dem übernimmt, was wir eine *Ontologie des Sozialen* nennen können. Wenn Politik das Ensemble von Entscheidungen darstellt, die auf einem unentscheidbaren Terrain gefällt werden - das heißt ein Terrain, auf dem Macht konstitutiv ist - dann kann das Soziale nur in den sedimentierten Formen einer Macht bestehen, die die Spuren ihrer eigenen Kontingenz verwischt. Die zweite Schlußfolgerung besteht darin, daß, wenn die Entwicklung von der Moderne zur Postmoderne auf der Ebene ihrer intellektuellen und sozialen Horizonte stattfindet, diese Entwicklung nicht notwendigerweise den Zusammenbruch aller Ziele und Werte zur Folge hat, die innerhalb des Horizonts der Moderne enthalten sind, sondern stattdessen ihre Reformulierung aus einer anderen Perspektive. Die universellen Werte der Aufklärung brauchen zum Beispiel nicht abgeschafft werden, sondern müssen stattdessen als pragmatische soziale Konstruktionen und nicht als Ausdrücke eines notwendigen Erfordernisses der Vernunft vorgeführt werden. Schließlich denke ich, daß die vorhergehenden Überlegungen die Richtung anzeigen, die die Konstruktion eines postmodernen sozialen Imaginären einschlagen sollte: die positiven

gemeinschaftlichen Werte anzeigen, die aus der Einschränkung der historisch Handelnden, aus der Kontingenz sozialer Verhältnisse und aus solchen politischen Arrangements folgen, durch die die Gesellschaft die Verwaltung ihrer eigenen Unmöglichkeit organisiert.

¹ Vgl. Clegg, S. R. (1989): Frameworks of Power, London, Kapitel 2.

² Derrida, Jacques (1973): Speech and Phenomena, Evanston, S. 98 [dt.: Die Stimme und das Phänomen, Frankfurt/Main 1979, S. 157].

³ Vgl. Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe (1985): Hegemony and Socialist Strategy, London [dt.: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus, Wien 1991].

⁴ Dies ist bis zu einem gewissen Grad die Richtung, die Derrida mit seinem Essay „Force and Signification“ einschlägt. Vgl. Derrida, Jacques (1978): Force and Signification, in: Writing and Difference, Chicago [dt.: Kraft und Bedeutung, in: Die Schrift und die Differenz, Frankfurt/Main 1972].

⁵ Vgl. Laclau, Ernesto (1990): New Reflections on the Revolution of Our Time, in: New Reflections on the Revolution of Our Time, London.

⁶ Aufgrund dieses Arguments habe ich versucht, einen Gegensatz zwischen Platon und Hobbes aufzustellen, in: New Reflections on the Revolution of Our Time, a. a. O., S. 68-72.

⁷ Vgl. Laclau, Ernesto (1996): Community and its Paradoxes: Richard Rorty's „Liberal Utopia“, in: Emancipation(s), London.

⁸ Vgl. Skinner, Quentin (1988): Language and Social Change, in: Tully, J. (Hg.): Meaning and Context: Quentin Skinner and His Critics, London, S. 125f.

⁹ Vgl. Hampshire, Stuart (1959): Thought and Action, London, S. 97.

¹⁰ Skinner, a. a. O., S. 126.

¹¹ Vgl. ebda.

Aus dem Englischen von Michael Heister und Richard Schwarz